

Wegwerfen oder aussortieren? Das Deakinsche Bündel von "White Australia policy", Schutzzöllen und sozialer Marktwirtschaft 100 Jahre später

Franz Oswald, Curtin University of Technology, Perth, Western Australia

Die Bilanz von Australiens Erfahrungen im 20. Jahrhundert zu ziehen, ist nicht nur eine intellektuelle Übung für Historiker sondern ein sehr praktisches politisches Problem. Die ersten sieben Jahrzehnte des Jahrhunderts bewegte sich Australiens Politik in einem Rahmen, der etwa um 1900 vorgezeichnet wurde. Das bezieht sich nicht nur auf die Verfassung, die 1901 den Bundesstaat begründete, sondern auch auf die politischen Grundentscheidungen, die in den ersten Jahren danach fielen. Diese Entscheidungen sind mit dem Namen Alfred Deakin verbunden, Australiens zweitem Prime Minister, der als Führer der Protectionist Party, mit Unterbrechungen dreimal Regierungschef war. Das sogenannte "Deakinite settlement" erwies sich über Jahrzehnte hinweg als sehr stabil: "Seine Universalität lieferte das Bindemittel für achtzig Jahre nationaler Einheit und Fortschritt trotz seiner Defekte" (Kelly 1994:1), wurde aber seitdem gründlich in Frage gestellt. Am Anfang des 21. Jahrhunderts ist es unmöglich, die Deakinschen Politiken fortzusetzen, aber die Frage stellt sich ob Australien das ganze Deakinsche Bündel fallen lassen oder ob man selektiv vorgehen sollte.

Paul Kelly, prominenter Vordenker in der nationalen Tageszeitung "The Australian" und einflussreicher Autor, benennt fünf Deakinsche Politiken: die "White Australia policy", die Regulierung von Einkommen durch Schiedsgerichte ("arbitration"), die Schutzzollpolitik ("protectionism"), die paternalistische Rolle des Staates, sowie die Abhängigkeit vom britischen Weltreich (ibid.). Abgesehen von dem abwertenden Etikett "paternalistisch" für die Rolle des Staates als Sozialstaat und notwendiger wirtschaftlicher Entwicklungshelfer, hat Kelly damit langlebige Konstanten australischer Politik identifiziert.

Doch scheint jetzt das Ende dieser zweiten Phase australischer Geschichte gekommen: "Die erste Phase von der weissen Okkupation bis zum späten 19. Jahrhundert war die Gründungsperiode; die zweite, vom späten 19. Jahrhundert durch den größten Teil des 20. Jahrhunderts, war das Experiment des Aufbaus einer Nation angeleitet von den Ideen des 'Australian Settlement' nach der Föderation. Die Frage für die 1990er Jahre ist, ob die Marktphilosophie der 80er Jahre eventuell die dritte Phase bestimmt" (Kelly 1994:660). Damit gab Kelly dem Übergang zum Marktliberalismus der letzten zwei Jahrzehnte eine fast unwiderstehliche geschichtsphilosophische Weihe.

Eine vollständige Neuorientierung erscheint durchaus plausibel, da sich Australien im Innern wie auch in seinen Aussenbeziehungen im Laufe eines Jahrhunderts sehr verändert hat. Die größte Herausforderung für Australiens politische Institutionen ist, folgt man O. Hughes (1998:11), die langfristige Entwicklung der Wirtschaft. Diese ist charakterisiert durch sich verschlechternde "terms of trade" und die Tatsache, daß Australien sich nur auf sich selbst verlassen kann, seit Großbritannien 1973 der Europäischen Gemeinschaft beitrug. Australiens Platz auf einer Weltrangliste der Länder mit dem höchsten Lebensstandard hat sich langsam aber stetig nach unten bewegt. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts genossen Australier "vielleicht das höchste" Pro-Kopf-Einkommen, und befanden sich zumindest in der Spitzengruppe. 1950 lag Australien an dritter Stelle hinter den USA und Canada, 1990 dagegen nur noch an 18. Stelle (Hughes:11). Kurz gesagt, das Land war Weltklasse darin, Güter zu produzieren, die andere Länder nur in abnehmenden Mengen oder zu abnehmenden Preisen brauchten. Und nach dem Ende des britischen Weltreichs muß sich Australien auf einem Weltmarkt zurechtfinden, auf dem immer mehr Tonnen Kohle, Weizen, oder Wolle exportiert werden müssen um die high-tech Produkte aus Japan, den USA oder Europa zu bezahlen.

Dieses wirtschaftliche Wettrennen gegen sich verschlechternde "terms of trade" darf nicht isoliert betrachtet werden, denn die Einstellung auf neue internationale Realitäten ist eng verbunden mit einer Neubestimmung der nationalen Identität, mit kulturellem Wandel, mit Modernisierung der

politischen Institutionen, und mit einer Neuorientierung der Außenpolitik. Der frühere Prime Minister Malcolm Fraser benannte vier Aufgaben für australische Politik: Engagement mit Asien, die Versöhnung mit den australischen Ureinwohnern, Wettbewerbsfähigkeit und Modernisierung, sowie das Bekämpfen des "bigotten Hansonismus".

Will man diese umfassenden Modernisierungsaufgaben lösen, muß, aus Paul Kellys marktliberaler und kulturell liberaler Perspektive das ganze Deakinsche Erbe vollständig überwunden werden. Nichts ist davon zu retten. Jeder Blick zurück zu Deakin ist bestenfalls "sentimentaler Traditionalismus" (1994:660), schlimmstenfalls ein Rückfall in rassistische und ethnozentrische Vorstellungen, auf alle Fälle jedoch ein Hindernis für die notwendige Modernisierung von Australiens Wirtschaft, Politik und Kultur. Daß sich ein positiver Bezug auf Deakinsche Ansätze heute sowohl beim Nationalpopulismus der One Nation Party als auch auf der politischen Linken finden läßt, zeigt für Kelly nur, daß beide aus der Vergangenheit keine zukunftsweisenden Ideen entwickeln können.

Im Gegensatz zu Kellys Argumenten soll hier versucht werden, das Deakinsche Erbe selektiv auszuwerten, und zu fragen, was überwunden werden muß oder schon überwunden ist, und was heute noch, in neuer Form, fortgesetzt werden könnte.

Im folgenden werden die fünf Bestandteile des "Deakinite settlement" im einzelnen diskutiert, unter dem Gesichtspunkt ob man wirklich Kellys neoliberalen Argumenten folgen und die Deakinschen Politiken insgesamt verwerfen muß. Die rassistische "White Australia policy" ist eindeutig unannehmbar und wurde, zum Glück, vor gut drei Jahrzehnten abgeschafft. Die Abhängigkeit vom britischen Weltreich ist nach dem Ende dieses Reiches nicht mehr möglich, und jetzt kann man nur noch die Konsequenzen daraus ziehen. Die anderen drei Komponenten des "Deakinite settlement" können jedoch neu interpretiert und in einem neuen Kontext verwirklicht werden. Zwar bevorzugen Neoliberale vollständig deregulierte Arbeitsmärkte im Innern, Freihandel nach außen, sowie den Abbau der wirtschaftlichen Rolle des Staates ("developmental role") und des Sozialstaates. Zwar lehnt Paul Kelly diese Rollen des Staates als "state paternalism" ab. Doch sehen Teile des "Deakinite settlement", für einen europäischen Betrachter, aus wie Elemente einer australischen Version einer sozialen Marktwirtschaft, die nicht einfach in toto abgeschafft werden sollten.

Für Neoliberale wie Paul Kelly gibt es nur eine Methode der Modernisierung Australiens. Er bündelt die Bestandteile des "Deakinite settlement" in einem Paket. Dadurch wird jeder Versuch, gegen die Deregulierung des Arbeitsmarktes zu argumentieren, mit der "White Australia policy" und Pauline Hansons Nationalpopulismus in einen Topf geworfen. Jede Kritik an der neoliberalen Agenda der Regierungen der achtziger und neunziger Jahre wird als "sentimentaler Traditionalismus" kritisiert und in die Nähe des Hansonismus gerückt. Vielleicht ist es trotzdem möglich, das "Deakinite settlement" sorgfältiger zu analysieren, um es teils zu überwinden, teils zu beerben.

1. Die Verbindung mit dem britischen Weltreich war nicht beendet mit der Gründung des australischen Bundesstaates im Jahre 1901. Die Verfassung selbst wurde vom britischen House of Commons verabschiedet, als Commonwealth of Australia Constitution Act (9 Juli 1900). Damit war Australien kein unabhängiges Land, sondern ein Teil des Empire mit Selbstverwaltung. Für die meisten Australier war es möglich, sich als Brite und als Australier zugleich zu verstehen. Aus kulturellen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen war eine Trennung vom Empire weder denkbar noch wünschenswert. Die verschiedenen Aspekte der "imperial connection" wurden jedoch mit der Zeit schwächer.

Im Zweiten Weltkrieg wurde es klar, daß Australien sich nicht mehr auf britische Hilfe verlassen konnte. Östlich von Suez war Großbritannien zu schwach und konnte die japanische Eroberung von Malaya und Singapur nicht verhindern. Unter Prime Minister John Curtin orientierte sich Australien seit 1941 eindeutig auf das Bündnis mit den USA. Australiens wirtschaftliche Verbindungen mit

dem Empire endeten als Großbritannien 1973 der Europäischen Gemeinschaft beitrug. Das war das Ende der "imperial preferences" für landwirtschaftliche Exporte aus Australien und Neuseeland.

Die politische und verfassungsrechtliche Trennung entwickelte sich in identifizierbaren Schritten. 1930 wurde zum ersten Mal mit Sir Isaac Isaacs ein Australier zum Generalgouverneur ernannt, obwohl dieser Posten traditionell der britischen Aristokratie vorbehalten war. Das Westminster Statut von 1931, mit dem Großbritannien den Dominions größere Autonomie anbot, wurde von Canada und Südafrika schnell ratifiziert. Die australische Regierung war dagegen an soviel Unabhängigkeit nicht interessiert, da sich die (konservativen) Liberalen mit dem Empire identifizierten. Erst elf Jahre später ratifizierte die Labor-Regierung unter John Curtin das Dokument. Mit dem Australia Act von 1986 wurden die letzten rechtlichen Verbindungen mit Großbritannien abgeschnitten, mit einer Ausnahme: die Königin von England ist immer noch des Staatsoberhaupt von Australien.

Ein deutlicher Indikator für die Entwicklung einer separaten australischen Identität war die Einführung einer australischen Staatsbürgerschaft im Jahre 1948. Bis dahin wies der Reisepass alle Australier als britische Untertanen aus. Der Einzug von australischer Geschichte in Universitäten und Schulen seit den 1960ern trug auch zur kulturellen Überwindung der "imperial connection" bei.

Diese Komponente des "Deakinite settlement", die Abhängigkeit vom britischen Weltreich, hat ihre Bedeutung verloren. Das Vereinigte Königreich ist gewiß nicht mehr die Grundlage von Australiens wirtschaftlicher oder militärischer Zukunft.

2. Die "White Australia policy" gab Australiens Eliten die Gelegenheit, die Nation mit ethnozentrischen und rassistischen Argumenten zu integrieren. Für den durchschnittlichen Australier bot die "White Australia policy" die symbolische Gratifikation eines Überlegenheitsgefühls für jeden Angehörigen der "britischen Rasse" sowie den wirtschaftlichen Vorteil, daß potentielle Einwanderer anderer Ethnizität oder Rasse vom Wettbewerb um Arbeitsplätze ausgeschlossen waren. Die Wochenzeitung "The Bulletin" proklamierte die White Australia policy lange Jahre auf der ersten Seite: "The cheap Chinaman, the cheap Nigger (sic!), and the cheap European pauper to be absolutely excluded" (Horne 2001:15). Sie waren nicht britisch, sie wurden als Lohndrücker angesehen.

Noch 1960 verkündete "The Bulletin" den Slogan "Australia for the White Man", bis Donald Horne Herausgeber wurde und diese Praxis beendete. Schon vorher hatte sich Australien geöffnet durch die Entwicklung einer Einwanderungspolitik, die nach den Zweiten Weltkrieg zunehmend nicht-britische Europäer und dann auch Nichteuropäer zuließ. Schließlich wurde die White Australia policy um 1970s von Liberal und Labor Regierungen aufgegeben. Seitdem haben die allermeisten Australier die multikulturelle Realität akzeptiert. Das Aufleben eines ethnozentrischen Nationalpopulismus in Gestalt der One Nation Party seit 1998 ist nur ein begrenzter Rückfall in alte Stimmungen.

Die politische Kultur Australiens hat sich gewandelt und kulturelle Verschiedenheit ist weitgehend akzeptiert. Die nichtbritischen Einwanderer sind keine Gastarbeiter ohne politische Rechte, sondern Staatsbürger, die als Wähler Gewicht haben. Nach einem Jahrhundert haben Australiens Eliten andere Themen gefunden, um die Nation zu integrieren, und die Gewerkschaften verlangen nicht mehr eine rassistische Einwanderungspolitik um australische Arbeitsplätze zu sichern. Nationalpopulistischer Stimmenfang ist immer noch möglich, zum Beispiel, wenn die Regierung Howard Asylanten wie Kriminelle behandelt und sich als Schützer Australiens aufspielt. Nichtsdestoweniger, die White Australia policy endete unwiderbringlich vor gut dreißig Jahren.

3. Der Konflikt zwischen Schutzzollpolitik und Freihandel war so wichtig, daß sich am Ende des 19. Jahrhunderts politische Parteien um dieses Thema formierten. Die Free Traders erlitten eine entscheidende Niederlage, als die Protectionists unter der Führung von Alfred Deakin nach 1900 ein Bündnis mit der jungen Labor Party eingingen. Auf Kosten der Exporteure im Bergbau und in der Landwirtschaft, verbündeten sich die Industriellen, die für den Inlandsmarkt produzierten, mit den

Gewerkschaften, die an sicheren Arbeitsplätzen interessiert waren. Seitdem waren Schutzzölle ein wichtiger Teil des "Deakin settlement". Erst nachdem diese Frage entschieden war, konnten die zwei Fraktionen des australischen Kapitals zusammenkommen, um 1909 die "Fusion Party" zu gründen, die bald in "Liberal Party" umbenannt wurde. Von jetzt an betonten sie ihre gemeinsamen Interessen im Gegensatz zur Labor Party.

Siebzig Jahre später begann Australien mit dem Abbau von Schutzzöllen. Obwohl der Name "Liberal Party" eine Neigung zum Freihandel anzudeuten scheint, war es die Labor Party unter Prime Minister Whitlam, die zwischen 1972 und 1975 Importzölle reduzierte wogegen die Liberals und Nationals erst später auf diese Freihandelspolitik einschwenkten. Seitdem haben Regierungen beider großen Parteien Zölle herabgesetzt und in internationalen Foren Freihandel propagiert. Australien initiierte die "Cairns Group" von Agrarexportländern, die in der Uruguay Runde (seit 1986) des GATT versuchten, die EU, USA und Japan zur Öffnung ihrer Agrarmärkte zu bewegen.

In Australien konzentrierte sich die Diskussion auf die Frage, wie schnell die Schutzzölle abgebaut werden sollten. Eine vollständige Reduktion aller Zölle auf Null wurde im Garnaut-Report vorgeschlagen (1989). Um das ideale "level playing field" zu erreichen, auf dem alle Wettbewerbshindernisse entfallen, sollte Australien vorangehen und einseitig Zölle abbauen, in der Hoffnung, daß andere Nationen nachziehen. Diese Vorschläge sollten Australiens Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen und zugleich die großen Handelsblöcke EU, USA und Japan von den Wohltaten des Freihandels überzeugen. Die verarbeitenden Industrien konterten mit dem Pappas-Carter-Report (1989), der einseitige Zollreduktion als naive und schädlich zurückwies. Dies würde die australische Textilindustrie sehr schnell zerstören und bald auch zum Ende der Automobilindustrie führen. Deshalb sollten Zölle nur sehr langsam reduziert werden. Die Drohungen der Autoproduzenten General Motors- Holden, Ford, Toyota und Mitsubishi, ihre Fabriken in Australien zu schließen, hat den Freihandelsdogmatismus der Regierung Howard abgeschwächt. Dennoch wird es keine Rückkehr zum Deakinschen Protektionismus geben.

Ohne Deakins Protektionismus hätte Australien bis heute keine nennenswerte verarbeitende Industrie. Als Ergebnis des Protektionismus hat Australien eine verarbeitende Industrie, allerdings mit zum Teil prekärer Wettbewerbsfähigkeit. Man kann sich jetzt nicht mehr hinter Schutzzöllen verstecken, aber "industry policies" werden auch in einer Zeit des Freihandels nötig bleiben.

4. Die Regulierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitswelt durch Schiedsgerichte, die "Conciliation and Arbitration Commissions", war ein einzigartiges Charakteristikum von Australien und Neuseeland. Die Aushandlung flächendeckender Tarifverträge wurde nicht den Tarifpartnern überlassen. Unternehmer und Gewerkschaften hatten dem Commissioner ihre Argumente vorzutragen wie in einem Gerichtshof. Die Entscheidung über Lohnhöhen und Arbeitsbedingungen wurde dann vom Commissioner getroffen: der "award" für eine ganze Industrie oder einen Berufszweig wurde "handed down", sozusagen von einer höheren Autorität gesetzt. Natürlich war der "award" immer eine wirtschaftliche Entscheidung, beeinflusst von Druck der Unternehmer und Gewerkschaften, dennoch hatte dieser quasi-gerichtliche Rahmen seine Auswirkungen. Für manchen Unternehmen war "arbitration" eine unwillkommene Einschränkung seiner Entscheidungsfreiheit. Für kämpferische Gewerkschaften war "arbitration" eine staatliche Institution, die meistens den Unternehmern half. Für moderate Liberale dagegen, für die Labor Party und von der einflußreichen katholischen Soziallehre her gesehen, erreichte "arbitration" einen stabilen Klassenkompromiß, verhütete unproduktive Streiks und minderte Gewerkschaftsmilitanz.

Dieses Schiedsgerichtssystem veränderte die Auswirkungen des freien Arbeitsmarktes. Eine richtungsweisende Entscheidung von Justice Higgins im Jahre 1907 definierte den "basic wage" als ein Einkommen, das es einem Lohnempfänger erlaubt, eine Frau und zwei Kinder zu ernähren. Der wichtigste Aspekt dieser Entscheidung war, daß die Lohnhöhe nicht nur von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Bei der Lohnfestsetzung sollten auch soziale Gesichtspunkte mit einbezogen werden, insbesondere die Bedürfnisse der Arbeiter und ihrer Familien. Man kann sagen, daß diese Schiedsgerichte zu einer australischen Version der sozialen Marktwirtschaft beitrugen.

Die Deregulierung der Arbeitsmärkte begann unter der Labor Regierung der Prime Minister Hawke und Keating (1983-1996) und wurde dann verstärkt fortgesetzt von den Liberals unter Prime Minister Howard (seit 1996). Die Rolle der Schiedsgerichte wurde reduziert. Die Tarifverträge für ganze Berufszweige oder Industrien wurden allmählich ersetzt durch Betriebsabkommen. Es wurde einfacher gemacht für Unternehmer, bei den Betriebsabkommen die Gewerkschaften von den Verhandlungen auszuschließen. Landesregierungen der Liberals wie auch einige größere private Unternehmen versuchten, diese Betriebsabkommen noch weiter zu individualisieren, indem sie zu "workplace agreements" mit einzelnen Beschäftigten übergingen.

Da die Labor Party seit 1996 in der Opposition ist, ist sie weniger dem Einfluß der neoliberalen Ökonomen im Finanz- und Wirtschaftsministerium ausgesetzt. Unter dem Einfluß der Gewerkschaften rückte Labor wieder etwas von den Betriebsabkommen und Einzelverträgen ab, um die Rolle der Schiedsgerichte wieder mehr zu betonen.

Dennoch scheint das vollständige Ende der Deakinschen Regulierung des Arbeitsmarktes unvermeidlich. Am 10. Januar 2001 entschied das Bundesgericht (Federal Court), daß die große Bergbaufirma BHP das Recht habe, ihren Beschäftigten individuelle Verträge anzubieten. Damit wurde die Möglichkeit der Gewerkschaften, kollektive Abkommen durchzusetzen, weiter beschnitten. Diese Entscheidung war wichtig genug, um das Thema eines Leitartikels in der führenden Tageszeitung zu werden ("Contracts win puts unions in their place", The Australian, 12. Januar 2001, p.10). Der sozialliberale Deakin von der Wende zum 20. Jahrhundert ist gewiß kein Leitbild für die Regierung des marktliberalen und sozialkonservativen Prime Minister John Howard am Anfang des 21. Jahrhunderts.

5. Was Paul Kelly als "state paternalism" abqualifizierte, ist die weitverbreitete Erwartung daß der Staat eine aktive wirtschaftliche und sozialpolitische Rolle spielen soll. In Australien hatte der Staat eine "developmental role" in der wirtschaftlichen Erschließung des Kontinents, weil privates Kapital oft nicht in der Lage war, profitabel in Infrastruktur zu investieren. In den USA konnten Privatunternehmen Eisenbahnen bauen und den Kontinent erschließen. Da Australien fast die gleiche Fläche aber weit weniger Einwohner hat, war der Eisenbahnbau nie profitable und wurde dem Staat überlassen. Zweitens hatte der Staat eine starke regulierende Rolle, besonders in der Vermarktung von Agrarprodukten (Australian Wheat Board, etc.). Drittens entwickelte der Staat auch eine Sozialstaatsrolle, besonders nach 1945, nach der Wirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg.

Keine dieser drei Rollen des Staates paßt heute auf die neoliberale Tagesordnung. Nachdem der Staat über hundert Jahre lang die Infrastruktur aufgebaut hat, ist es natürlich leichter, den Staat für überflüssig zu erklären.

Staatliche oder staatsnahe Unternehmen werden "corporatised", das heißt, zunehmend aus ihrer sozialen Verantwortung entlassen, um sich zu verhalten wie Privatunternehmen ("corporations"). Ist das erreicht, dann kann man sie auch gleich privatisieren. Das prominenteste Beispiel dafür ist Telstra, früher Telecom Australia. Dieses größte aller australischen Unternehmen wurde teilprivatisiert.

Die Konflikte über die Vollprivatisierung von Telstra machen die sozialen und politischen Kosten deutlich, die mit der neoliberalen Refromagenda verbunden sind. Telstra war schon "corporatised" noch ehe es privatisiert wurde. Zum Beispiel, Telstra konzentrierte sich auf die profitable Kommunikationsdienstleistungen in und zwischen Ballungszentren wie Sydney, Melbourne und Brisbane. Demgegenüber werden ländliche Kunden vernachlässigt, weil die australischen Entfernungen Dienstleistungen und Reparaturen sehr teuer machen. Ist Telstra ein Unternehmen, das nur seinen Aktionären verpflichtet ist, dann gibt es keinen Grund, auf dem Lande Verluste auf sich zu nehmen. Wenn aber Telstra eine soziale und politische Verpflichtung hat, zur Landesentwicklung beizutragen, dann müssen profitable Geschäftsbereiche dazu dienen, andere notwendige Aktivitäten durch "cross-subsidisation" zu unterstützen.

Diese Frage hat unmittelbare politische Auswirkungen auf die Regierungskoalition von Liberals und ländlichen Nationals. In der Vergangenheit waren die Nationals für ländliche Wähler gegen schädliche Nebenwirkungen des freien Marktes angetreten: im Prinzip für die freie Marktwirtschaft, in der Praxis aber immer wieder für die Regulierung von Agrarmärkten und für staatliche Unterstützung von ländlichen Regionen. In den neunziger Jahren waren die Kompromisse zwischen Wirtschaftsliberalen und ländlichen Konservativen immer schwieriger geworden. Je mehr die führenden Politiker der Nationals die wirtschaftsliberalen Ansichten ihrer Koalitionspartner übernahmen, desto mehr wuchs die Unruhe in den Kleinstädten und auf dem Lande.

"Die Nationals können nicht Teil der Howard-Koalition sein, ohne die Markt-Ökonomik zu akzeptieren, gegen welche Hanson ankämpft" (P. Kelly, "Truth cure for Hansonitis", *The Australian*, 24./25. Februar 2001, p.23). Dies ist genau die Situation, in der Pauline Hansons One Nation Party ihre Chance hat. Ländliche Wähler, vor allem Farmer und Kleinunternehmer, drücken ihren Unmut über die Auswirkungen neoliberaler Wirtschaftspolitik aus, indem sie gegen alles irritierende Neue protestieren, vor allem gegen den Wandel zur multikulturellen Gesellschaft.

Das "Deakinite settlement" vom Anfang des 20. Jahrhunderts gibt es nicht mehr. Die "White Australia policy" wurde um etwa 1970s aufgegeben, die Einwanderungspolitik seit den 40er Jahren veränderte die Bevölkerung, und schließlich wurde "assimilationism" weitgehend durch multikulturelle Akzeptanz von Verschiedenheit ersetzt. Die Verbindung mit dem britischen Empire war am Ende, als Großbritannien 1973 der Europäischen Gemeinschaft beitrug. Und das Ende der drei wirtschaftlichen Komponenten der Deakinschen Politik wurde eingeläutet, als die Regierung Hawke 1983 den Wechselkurs des australischen Dollars zum "floating" freigab.

Was kommt nach dem Ende des "Deakinite settlement"? Wenn es nach Paul Kelly, dem Vordenker des "Australian", geht, wird Australiens Modernisierung wirtschaftsliberale Elemente verbinden mit libertärem sozialen und kulturellem Wandel. Die Deregulierung der Wirtschaft würde begleitet von der Überwindung der White Australia Policy, dem Engagement mit Asien, der Versöhnung mit den Aborigines, und der Trennung von der britischen Monarchie. Diese Kombination wäre am ehesten zu erwarten von Peter Costello, dem wahrscheinlichen Nachfolger John Howards als Regierungschef, sollten die Liberals die nächste Wahl gewinnen und an der Regierung bleiben. Gegenwärtig, unter Prime Minister John Howard, werden wirtschaftsliberale Ansätze mit sozialkonservativen Werten verbunden. Modernisierung bleibt unter Howard beschränkt auf Deregulierung der Wirtschaft und Zurücknahme des Staates aus wirtschaftlicher und sozialer Verantwortung. Dagegen kann sich Howard nicht von den Resten der "imperial connection" (der Monarchie) trennen. Es fällt ihm auch zu schwer, "sorry" zu sagen und zur Versöhnung mit den Aborigines beizutragen, indem er vergangenes Unrecht anerkennt. Für Howard wäre das ein "black armband view of history", ein Bild der australischen Geschichte, das nur Negatives hervorhebt.

Sollte die Labor Party die Wahl Ende 2001 gewinnen, dann würde ein Prime Minister Kim Beazley, genauso wie der Liberale Peter Costello, das Engagement mit Asien, die Versöhnung mit den Aborigines, und das republikanische Ende der "imperial connection" vorantreiben. In der Wirtschaftspolitik kann man vom Beazley dasselbe erwarten wie von seinem Freund Tony Blair oder von Gerhard Schröder: "neoliberalism lite" und Deregulierung versetzt mit Erinnerung an die australische Version sozialer Marktwirtschaft.

Den ethnozentrischen, rassistischen und britisch-imperialen Aspekten der Deakinschen Politik sollte niemand eine Träne nachweinen. Ob man zusammen mit diesen auch die sozialliberalen und sozialdemokratischen Elemente des Deakinschen Kompromisses hinauswerfen muß, ist eine andere Frage. Wenn man die Nebenwirkungen der neoliberalen Politik mit einkalkuliert, wie zum Beispiel den ländlichen Protest in Form des Nationalpopulismus der Pauline Hanson, fragt man sich, ob Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit sich nicht besser im Rahmen einer sozialeren Marktwirtschaft erzielen lassen. In einem Punkte hatte Deakin recht: den Arbeitsmarkt und die Landesentwicklung kann man nicht völlig dem freien Markt überlassen. Und als neue Einsicht kann man hinzusetzen: Im Vergleich zu Deakins Zeiten ist Australien eine offenerere und tolerantere

Gesellschaft geworden. Das sollte man nicht aus Spiel setzen durch den Versuch, Wettbewerbsfähigkeit durch Abbau von sozialer Sicherheit zu erreichen.

Literatur

- Australian, The*, 2001. Contracts win puts unions in their place, 12. Januar 2001, p.10.
- Australian Manufacturing Council, 1990. *The global challenge. Final Report of the Pappas Carter Evans and Koop/Telesis Study*.
- Garnaut, Ross, 1989. *Australia and the northeast Asian ascendancy. Report to the Prime Minister and the Minister for Foreign Affairs and Trade*, Canberra: AGPS.
- Horne, Donald, 2001. Our greatest success: A willingness to change, *The Australian*, 1. Januar 2001, p. 15.
- Hughes, Owen E., 1998. *Australian politics*, South Yarra: Macmillan Education.
- Kelly, Paul, 1994. *The end of certainty*. Sydney: Allen & Unwin. (Revidierte Ausgabe).
- Kelly, Paul, 2001a. *100 Years: The Australian story*. Sydney: Allen & Unwin.
- Kelly, Paul, 2001b. Truth cure for Hansonitis, *The Australian*, 24./25. Februar 2001, p. 23.
- Souter, Gavin, 1992. *Lion and kangaroo*. Sydney: Pan Macmillan, (1st ed. 1976).
- Wimmer, Adi, Hrsg., 1999. *Australian nationalism reconsidered*, Tübingen: Stauffenburg Verlag.